

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

der GemeinderätInnen Christian Oxonitsch, KR Kurt Wagner, Gabriele Mörk, Mag. Tanja Wehsely (SPÖ) und David Ellensohn, Birgit Hebein, Brigitte Meinhard-Schiebel, Dipl.Ing. Martin Margulies, ⁴(GRÜNE) betreffend Steuerflüchtlinge, eingebracht zu Post 1 in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 21.11.2017

und Mag^a Barbara WERNER

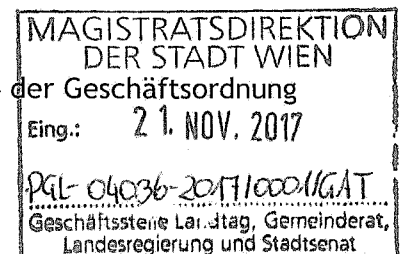
Die sogenannten „Paradise-Papers“ geben ein weiteres Mal Einblick, wie etliche Superreiche und auch Konzerne massiv Steuern vermeiden. Sie vermeiden Abgaben an jene Länder, in denen sie arbeiten, deren Infrastrukturen und Wirtschaftsförderungen sie nutzen, deren Bildungs- und Berufsausbildungssysteme ihnen zu Gute kommen und deren Standortfaktoren ihnen Vorteile verschaffen. Steuervermeidung und -hinterziehung erfolgt oft kriminell mit Methoden der Verschleierung, Briefkastenfirmen und Geldwäsche.

Steuerflüchtlinge kosten den Staaten sehr viel Geld, deutlich mehr Geld als etwa Kriegsflüchtlinge. 1 Billion Euro (1.000.000.000.000 Euro) gehen nach Schätzungen der EU-Kommission allein in Europa durch Steuerflucht und -hinterziehung verloren! Das sind 8 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung der EU. Auf Österreich umgelegt wären das PRO JAHR rund 30 Milliarden Euro! Mit diesem Betrag wären alle Finanzierungsprobleme im Sozial-, Pensions-, Pflege-, Bildungs- oder Universitätssystem lösbar UND der Faktor Arbeit könnte deutlich steuerlich entlastet werden.

Ziel muss sein, dass Steuern dort gezahlt werden, wo die Umsätze und Gewinne erwirtschaftet werden. Einige gesetzliche Maßnahmen konnten in Österreich seit 2008 gesetzt werden, weitergehende sind aber an der ÖVP gescheitert. Auch auf europäischer Ebene blockiert die ÖVP regelmäßig entsprechende Initiativen. Aber so ist Österreich innerhalb der OCED weiterhin Schlusslicht bei vermögensbezogenen Steuern.

Die gefertigten GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions-) Antrag



Die neue Bundesregierung wird ersucht, das heimische Steuersystem auf Schwachstellen zu prüfen, damit die schädliche Steuerflucht nicht mehr möglich ist.

Die Bundesregierung wird ebenso ersucht, sich auf europäischer Ebene für wirkungsvolle Maßnahmen gegen die schädliche Steuerflucht einzusetzen (wie EU-weite Mindeststeuersätze, Vernetzung der Handelsregister, Veröffentlichung der wirtschaftlich Berechtigten von Gesellschaften, Verpflichtung von Unternehmen zur Veröffentlichung, in welchem Land sie wie viel Gewinn erzielen usw.).

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 21.11.2017

Brigitte Meinhard-Schiebel

Barbara Werner

Christian Oxonitsch

G. Mörk

Wagner

Hebein